

**Zeitschrift:** Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

**Herausgeber:** Bioforum Schweiz

**Band:** 70 (2015)

**Heft:** 1

**Artikel:** Ernährungssicherheit und globale Verunsicherung

**Autor:** Sautebin, Paul

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-891106>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 28.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

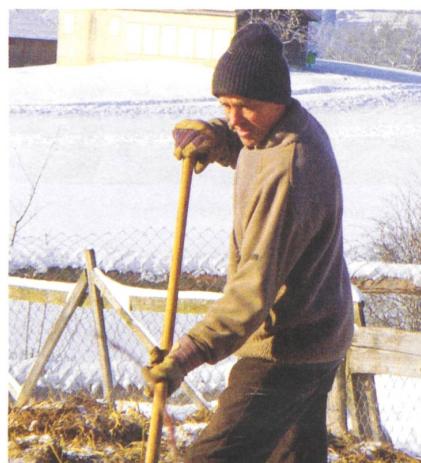
# Ernährungssicherheit und globale Verunsicherung

Die Bauernorganisation Uniterre, welche vor allem in der französischsprachigen Schweiz verankert ist, kämpft für die Zukunftschancen einer bäuerlichen und selbstbestimmten Landwirtschaft in der Schweiz. Paul Sautebin leitet die Sektion Jura/Berner Jura und ist im Uniterre-Vorstand. In dieser kämpferischen Analyse setzt er sich mit der Schweizer Landwirtschaftspolitik auseinander.

**Paul Sautebin.** Unser Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, BLW-Direktor Bernhard Lehmann und sein Vizedirektor Christian Hofer legen sich ins Zeug und werben für die Öffnung der Märkte und die Liberalisierung der Wirtschaft. Sie nutzen die Gunst der Stunde: Die bäuerlichen Kampagnen sind abgeflaut, die Landwirte und Landwirtinnen verstummt. Energie und Ressourcen werden beim Unterschriftenmachen für die verschiedenen landwirtschaftlichen Volksinitiativen benötigt.<sup>1</sup> So ist eine wahrhafte Gegenoffensive angelaufen, eine Liberalisierungskampagne gegen die Landwirte, die sich täglich mit den Grenzen der Natur und der Unberechenbarkeit der Märkte arrangieren müssen.

## Das agrarpolitische Geld dient dem «Strukturwandel»

Das Bundesamt für Landwirtschaft hat die Zielrichtung für die Zeit nach der Agrarpolitik 2014–2021 (AP 14–21) bereits klar festgelegt: Möglichst alles liberalisieren, den Grenzschutz für Getreide, Fleisch, Früchte und Gemüse aufgeben und «Schoggigesetz» und Exportbeihilfen für Käse aufheben. Herr Schneider-Ammann und seine Mitstreiter ebnen mit der Ausrichtung der Direktzahlungen 14–17 und 18–21 den Weg für die Marktangleichung: Weniger Beiträge für Talbetriebe zur Beschleunigung des Strukturwandels und mehr für die Landschaftspflege im Berggebiet. Mit Ökobeiträgen werden ökologische Massnahmen gefördert, welche die Nahrungsmittelproduktion nur am Rand tangieren, um die Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors nicht zu beeinträchtigen. Auf der anderen Seite steht das BLW politisch (wenn nicht gar mit finan-



Paul Sautebin am Hof «Sous les Plânes» in La Ferrière.

Foto: zVg

ziellen Beiträgen) hinter der zunehmenden «Kolonialisierung» der Landwirtschaftsflächen durch Agroindustrie-Betriebe.

## «Ernährungssicherheit» wird umgedeutet

Auch der Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheitsinitiative des Schweizer Bauernverbands, den der Bundesrat derzeit ausarbeiten lässt, stammt aus der Rüstkammer der Abteilung für Bauernfängerei: **Der Bundesrat nutzt die emotionsgeladene Ernährungssicherheitsdebatte aus, um ein Mega-Ernährungssicherheitskonzept dank Freihandelsabkommen als Gegenvorschlag ins Spiel zu bringen.** Argumentiert wird damit, dass sich die Schweiz mit einem Selbstversorgungsanteil von nur 50% den Zugang zu den Märkten offenhalten muss. Dabei geht es nicht nur um den Inhalt der Volksinitiative, sondern auch darum, die Volksmeinung für den angepeilten agrarpolitischen Kurs zu gewinnen, denn agrarpolitische Ent-

scheidungen haben weitreichende Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft.

Seit den bäuerlichen Milchstreiks hat der Wind nämlich gedreht: **Die Bevölkerung steht hinter den Bauern und betrachtet sie nicht länger als glückliche Subventionsempfänger.** Verfechter des liberalen Kurses hingegen präsentieren unternehmerische Junglandwirte und -landwirtinnen, die sich der agroindustriellen Produktion verschrieben haben, als Vorzeigbeispiele und stempeln die übrigen Bauern und Bäuerinnen als rückständig und hinterwäldlerisch ab. Wir dürfen ihnen beim Versuch, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, keinesfalls freie Hand lassen, denn ihre Mega-Ernährungssicherheit schert sich nicht um die Ängste und Befürchtungen, die die agroindustrielle Produktion mit ihren minderwertigen Produkten, ihren art-un-gerechten Tierfabriken, ihrer Umweltverschmutzung und ihrem Energie- und Ressourcenverschleiss bei der Bevölkerung hervorruft. Vielmehr wird uns der landwirtschaftliche Freihandel mit minderwertigen und ungesunden Nahrungsmitteln überschwemmen, während sich die schweizerischen Produzenten damit abfinden müssen, die exklusiven Luxusnischen in der ganzen Welt zu beliefern.

Die Zeit ist reif: Bauern und Bäuerinnen müssen sich vom Standesdenken verabschieden und weit mehr auf die Menschen zugehen, die sich von ihren Erzeugnissen ernähren. Sie tun gut daran, deren Befürchtungen ernst zu nehmen, gemeinsam mit ihnen eine Vision für eine nachhaltige Landwirtschaft und eine gesunde Nahrungsmittelproduktion zu entwickeln und entschlossen dafür einzustehen. Slogans wie «Ernährungssicherheit» und Erhalt einer «produktiven Landwirtschaft» wer-

<sup>1</sup> Anmerkung der Redaktion: Auch Uniterre ist mehrgleisig unterwegs. Auf <http://www.souverainete-alimentaire.ch> finden sich Informationen zum Stand der Unterschriftensammlung für ihre Ernährungssouveränitäts-Volksinitiative.

den dazu missbraucht, den Vormarsch einer zerstörerischen Agroindustrie zu rechtfertigen. Es darf nicht sein, dass die vom Bund jährlich aufgewendeten 4 Milliarden Franken Direktzahlungen einer Nahrungsmittelproduktion Vorschub leisten, die ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellt. Der Liberalismus gründet darauf, Ungleichheiten auszunützen. Die Ernährungssicherheit nach dem Rezept des Bundesrats wird die allgemeine Verunsicherung verschärfen und das System welt- und schweizweit mehr und mehr aus dem Gleichgewicht bringen. Die Folgen einer solchen «Sicherheit» sind soziale Ungleichgewichte, die in Hunger und Gewalt umschlagen können. In dieser Situation schwankt der Schweizer Bauernverband voller Unsicherheit herum und er hat sich bei der Ernährungssouveränität in seine eigenen Widersprüche verheddert: Der

SBV weiss selber nicht, welche Landwirtschaft er will, und das nutzt der Bundesrat selbstverständlich aus, um sein Konzept jetzt knallhart immer vollständiger umzusetzen.

Diese «Liberalisierung» ist aber eigentlich eine Zwangseignung mithilfe von Norm- und Geldzwängen zuhanden einer durchindustrialisierten Landwirtschaft, die eine echte Naturbeziehung durch eine Robotisierung ersetzen will. Das bringt uns nicht nur eine schlechte Ernährung, es führt auch allerorten zu Konflikten und kompletter Destabilisierung der Schweizer Landwirtschaft. Deshalb kämpfen wir für eine Art Moratorium, das den kleinfächigen Betrieben ihren Boden erhält und die Freigabe weiterer Produktionslinien für die komplette Industrialisierung stoppt. Die grüne Revolution hat ausgedient, ein neues Projekt muss her! Wir finden nur aus der Sack-

gasse heraus, wenn wir auf die Erde hören und in unsere Herzen horchen. Es geht um unsere Menschenwürde, um unsere Selbstbestimmung und um die Autonomie unserer Landwirtschaftsbetriebe, deren wichtigster Partner die Natur ist. Hier geht es nicht um die Ernährungssouveränität der Schweiz, sondern um die Selbstbestimmung der Weltbevölkerung im Kampf gegen einen ungebremsten Liberalismus, der das Streben nach einem gerechten Miteinander untergräbt.

Wir können uns wehren und für unsere Autonomie einstehen, indem wir hier und jetzt mit allen Mitteln gegen die geplante Öffnung der weissen Linie (Marktöffnung für Milch und Milchprodukte) ankämpfen. Die Sektion Unterer Jura & Berner Jura engagiert sich beharrlich und konsequent für eine menschenwürdige, autonome Landwirtschaft. ●

## › Regionalwirtschaft

# Wie geht Nahversorgung in ländlichen Räumen?

**Nikola Patzel.** Am schlechtesten ist die Lebensmittelversorgung dort, wo die Lebensmittel herkommen: auf dem Land. Nicht dass es in der Schweiz in ländlichen Gegenden an Essen mangeln würde wie in anderen Ländern. **Öfters fehlt aber die Nähe zur Einkaufsgelegenheit und generell herrscht ein Mangel an regionalen Ernährungssystemen.** Die allermeisten Menschen auch auf dem Land kaufen ihre Lebensmittel in Geschäften ein, aber die Kaufleute sind einem ähnlichen Preis- und Zentralisierungsdruck ausgesetzt wie die landwirtschaftlich Tätigen auch.

Allein die *Berner Zeitung* zeigte im Lokalteil 2014 sieben Artikel zum Thema «Lädelisterben», diese Gefahr rollt schnell von Ort zu

Ort.<sup>1</sup> Wie kann trotzdem heute Nahversorgung in ländlichen Räumen funktionieren? Einige Modelle ausser Direktvermarktung sind:<sup>2</sup>

**Filial- und Franchise-Unternehmen** sind wirtschaftlich meist erfolgreicher als privatwirtschaftliche Einzelunternehmen. Ein Beispiel dafür ist Volg mit 550 Läden in der Schweiz, mit einer durchschnittlichen Verkaufsfläche von 180 m<sup>2</sup> und einem relativ grossen Sortiment von ca. 3000 Artikeln. Volg gehört der Fenaco, einer Mega-Landwirtschaftsgenossenschaft. Im Vergleich verschiedener «Kleinladen-Modelle» ist ein wichtiger Unterschied, ob die Läden die Waren ihrem Grosshändler abkaufen, also vorfinanzieren müssen und auch das Risiko tragen, wenn etwas nicht

verkauft wird – oder ob der Grosshändler Eigentümer des Sortiments bleibt und der Ladenbesitzer an der «Verkaufsprovision» verdient. Besonders wichtig ist, dass die Ladenbetreiber die Freiheit behalten, in ihrem Franchisebetrieb auch eigenständig regionale und lokale Waren zu verkaufen.

**Multifunktionsläden** bilden einen starken Trend: Die Ladeninhaber versammeln möglichst viele Dienstleistungsangebote bei sich in einem Raum. Das verursacht sehr viel Arbeit und bringt etwas mehr Kundschaft, als wenn man einen klassischen Laden hat. Wirtschaftlich lohnen tut sich von diesen Nebenangeboten aber fast nur, eine Bistro-Ecke anzubieten und fertiges Essen anzubieten wie Kaffee, belegte Brötchen oder auch Mittagstisch.

<sup>1</sup> Überschriften in Lokalteilen der *Berner Zeitung*, 2014: «Für den Dorfladen schlägt die letzte Stunde» (Zollbrück, 10. Januar) – «Jetzt ist es definitiv: Der Dorfladen geht zu» (Bowil, 28. Februar) – «Wie Armin Gfeller dem Lädelisterben trotzt» (Heimisbach, 8. März) – «Der Dorfladen lebt nun doch weiter – mit Café und Blumen» (Grünenmatt, 13. Mai) – «Kleiner Dorfladen sagt der grossen Landi den Kampf an» (Rüeggisberg, 6. Juni) – «Lädelisterben: Ein Dorf wehrt sich» (Oberwangen, 3. Oktober) – «Trotz Not gibt's Hilfe für Dorfladen» (Iseltwald, 8. Dezember).

<sup>2</sup> Diese Darstellung folgt überwiegend der 60-seitigen Broschüre «Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Impulse für die Praxis», die 2014 vom deutschen «Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung» herausgegeben wurde. Die allgemeinen und betriebswirtschaftlichen Angaben beziehen sich daher überwiegend auf Deutschland, die analysierten Muster sind auch in der Schweiz wirksam.